Mitteilung

BV-Mitte am 06.10.2016

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen

**Hier: Radverkehrssituation auf der Stapenhorststraße
(Beschluss der BV-Mitte vom 01.09.2016, TOP 17)**

Der Oberbürgermeister hat den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 01.09.2016 mit der Aufforderung, eine Beschlussvorlage zu erstellen und eine Bürgerbeteiligung zu den geplanten Maßnahmen zu initiieren zur Kenntnis genommen.

Der Vorschlag, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen, ist sinnvoll und wird vom Amt vom Verkehr in Angriff genommen.

Die Aufforderung, statt der bereits vorliegenden Informationsvorlage eine Beschlussvorlage einzubringen, begründet sich auf der Meinung der Bezirksvertretung, dass die Bezirksvertretung Mitte über die vorgeschlagenen Maßnahmen entscheiden kann. Die vom Amt für Verkehr vorgeschlagenen Maßnahmen dienen ausschließlich der Beseitigung der aktuellen Gefahrenlage für die Radfahrer auf der Stapenhorststraße. Es handelt sich somit um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, für das der Bezirksvertretung Mitte keine Entscheidungskompetenz zusteht (auf die umfangreiche rechtliche Darstellung in der Stellungnahme des Rechtsamtes zum Rückbau der Linksabbiegespur auf der Körnerstraße Richtung Turnerstraße wird verwiesen).

Mit der vorgelegten Informationsvorlage soll das Anhörungsrecht der Bezirksvertretung Mitte nach § 7 Abs. 4 der Hauptsatzung gewahrt werden, eine Beschlussvorlage ist hierfür nicht erforderlich.

Inhaltlich hat sich die Bezirksvertretung noch nicht abschließend verhalten, die Vorlage ist in 1. Lesung zur Kenntnis genommen worden. Die Verwaltung wird die Stellungnahmen der Bezirksvertretung Mitte und des Stadtentwicklungsausschusses abwarten und dann nach fachlicher Abwägung abschließend über die zu treffenden Maßnahmen entscheiden.

Da keine Entscheidungskompetenz der Bezirksvertretung vorliegt, hat der Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 01.09.2016 hinsichtlich der Beschlussvorlage empfehlenden Charakter. Der Beschluss ist weder rechtswidrig noch gefährdet er das Wohl der Stadt Bielefeld, so dass keine Beanstandung (bei Verletzung des geltenden Rechts) oder ein Widerspruch des Oberbürgermeisters erforderlich sind.